

Leserbrief zur Personenfreizügigkeit

Gewerkschaftsführer fordern Vertrauen ein

In der EU wird die Wirtschaftspolitik zentral geregelt. Regierungsvertreter und Abgesandte mächtiger Interessengruppen politisieren dort über die Köpfe der Bürger hinweg. Als Richtschnur erscheint die Ideologie des selbstregulierten Marktes, basierend auf dem freien Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen, wie es im umstrittenen Verfassungsentwurf geschrieben steht. Nebenher bleibt man zivilisatorischen Errungenschaften wie Recht auf Leben, Recht auf Arbeit, Recht auf Bildung nebst Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit verpflichtet – wenigstens solange diese keine ernsteren Handelshemmnisse darstellen.

Wie das praktiziert wird, sieht man heute vor allem im Handel mit China. Dort geht das Geschäft eindeutig vor. Im Unterschied zur Zeit der Sowjetunion, als man im internationalen Kontakt immer wieder auch die Frage der Menschenrechte aufwarf und sogar Handelsbedingungen damit verknüpfte. Man gewinnt den Eindruck, dass die wirtschaftliche Verwertbarkeit zum höchsten aller Werte geworden ist.

Wo supranationale Konzerne praktisch ohne Hemmnisse nach dem Gesetz der maximalen Kapitalrendite agieren, hat die werktätige Bevölkerung wenig Möglichkeiten zur Einflussnahme.

In den östlichen Gebieten der EU herrscht hohe Arbeitslosigkeit und die Werktätigen leben unter wesentlich schlechteren Bedingungen als hierzulande. Für viele Menschen in diesen wirtschaftlich schwachen Gebieten besteht deshalb ein Druck zur Arbeitssuche im Westen: zur Auswanderung. Familien werden auseinandergerissen und Individuen entwurzelt. Zusätzlich werden ihre Heimatländer durch den sog. Brain-drain geschwächt, weil ihre akademisch geschulte Jugend in die Hochlohnländer umsiedelt. In der Werbebroschüre des Integrationsbüros für die Personenfreizügigkeit sind solche Leute porträtiert. Leider ist deren Laufbahn für die grosse Mehrheit ihrer Landsleute nicht repräsentativ.

Durch die vielen tüchtigen und arbeitswilligen Einwanderer aus weniger privilegierten Gegenden Europas entsteht zwangsläufig ein zunehmender Konkurrenzdruck auf unsere Arbeitslöhne – ein von Wirtschaftsvertretern offen angestrebtes Ziel.

Die Schweiz hat seit dem zweiten Weltkrieg den Arbeitsfrieden gehabt. Der ständige Streit zwischen den Sozialpartnern ist uns fremd; uns fehlt die Erfahrung und auch das nötige Instrumentarium dazu. Unsere Gewerkschaften sind auf den harten Interessenkonflikt nicht vorbereitet. Beispielsweise fehlt den Gewerkschaftern hierzulande der für härtere Zeiten unentbehrliche Kündigungsschutz.

Aber wie alle Institutionen und Verbände haben auch die Gewerkschaften im Laufe der Integrationsbestrebungen in die EU eine Zentralisierung und Vereinheitlichung

durchgemacht, verbunden mit einer entsprechenden Konzentration von Macht für die Spitzenfunktionäre. Und diese votieren nun für die Erweiterung der Personenfreizügigkeit – ohne mit der Basis zu sprechen. Als der Arbeitsrechtler Romolo Molo beim Gewerkschaftsbund darauf hinwies, wurde er von seinen Dienstherren Rechsteiner und Gaillard entlassen.

Wie Hugo Fasel verspricht uns auch Louis Schelbert ausreichenden Schutz durch Gesamtarbeitsverträge und gesetzlich zu verankernde Mindestlöhne, etc., damit wir am 25. September die Abstimmungsempfehlung der Gewerkschaftsfunktionäre vertrauensvoll befolgen. Indes vergassen sie zu sagen, dass diese «Mindestlöhne» einiges tiefer sind als durchschnittliche heutige Gehälter in den unteren Lohnklassen. Zudem sind die jetzt ausgehandelten «Gesamtarbeitsverträge» – wie alle Verträge – kündbar. Dass sie zwischen sehr ungleich mächtigen Parteien ausgehandelt wurden, macht sie umso weniger beständig. Sieht es etwa danach aus, dass die «Arbeitgeber»-Seite demnächst fürsorglicher mit den Beschäftigten umgehen wird? Welchen Anlass sollte sie dafür haben?

Die Gewerkschaftsbosse vom SGB geben ihnen mit der politisch motivierten Entlassung von Molo kein gutes Beispiel.